



IMMER ENGERER ZUSAMMENSCHLUSS

*Das Vermächtnis der Römischen Verträge
für das Europa von heute*

**Wanderausstellung zum 60. Jahrestag
der Unterzeichnung der Römischen Verträge, 1957 - 2017**

ORGANISIERT VON

Historisches Archiv der Europäischen Union, Europäisches Hochschulinstitut

UNTER MITWIRKUNG VON

Europäisches Parlament

Rat der Europäischen Union

Europäische Kommission

Presidenza del Consiglio dei Ministri, Dipartimento per le Politiche Europee

Ministero degli Affari Esteri e della Cooperazione Internazionale

Agenzia ANSA - Agenzia Nazionale Stampa Associata

GESTALTET VON

Alcide De Gasperi Forschungszentrum, Europäisches Hochschulinstitut

GRAPHIK

Kidstudio.it

ONLINE VERÖFFENTLICHUNG

Rat der Europäischen Union

KONTAKTE

Historisches Archiv der Europäischen Union

Europäisches Hochschulinstitut

Villa Salviati, Via Bolognese 156

50139 Florenz - Italien

Tel: +39 055 46854662

Mailadresse: archiv@eu1.eu



www.rometreaties.eu

SOZIALE DIMENSION UND EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT

Die Schaffung einer **GEMEINSAMEN SOZIALPOLITIK** gehörte zu den anfänglichen Zielen der EWG. Ansätze hierzu gab es schon in den Verträgen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1952, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM oder EAG) 1957. Die Römischen Verträge sahen die **GRÜNDUNG EINES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES** und **EINES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS** vor. Erst in den 70er Jahren entwickelte die EWG jedoch ein wirkliches Programm, mit dem die Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den Sozialbereich ausgeweitet wurden. Die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter, der freie Personenverkehr, die berufliche Fortbildung, die Lohngleichheit und der Kampf gegen die Armut waren die Schwerpunkte des Wirkens der europäischen Institutionen auf diesem Gebiet. Vor allem nach der Ausweitung ihres politischen Gewichtes im europäischen Entscheidungsprozess nahm **DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT** aktiv an der Schaffung der europäischen Sozialpolitik teil. Die wachsende Bedeutung des Europäischen Parlamentes führte zu einer verstärkten Demokratisierung in den Gemeinschaften. Die **DIREKTWAHLEN**, die zum ersten Mal im Juni 1979 durchgeführt wurden, waren der ersten Schritt zu einem demokratischeren Europa. Mit dem Ziel, eine echte **EUROPÄISCHE DEMOS** zu begründen, riefen die europäischen Institutionen direkt an die neuen Generationen gerichtete Programme ins Leben. Das **ERASMUS** Programm, welches in der Mitte der 80er Jahre zusammen mit dem **AKTION JEAN MONNET** Programm eingerichtet wurde, und das Programm **COMETT** gehören zu den erfolgreichsten Initiativen der EG/EU. Die Förderung der Fortbildung und Mobilität in den Mitgliedsländern Europas zielt nicht nur darauf ab, den Anforderungen des Binnenmarktes gerecht zu werden, sondern sie will auch zur Ausformung einer **EUROPÄISCHEN IDENTITÄT** beitragen.



Erster Bericht der Sozialkommission der Europäischen Parlamentarischen Versammlung zum ersten Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Dezember 1958 (HA811)



Plakat der Ausstellung 'Europa ist wirklich von den Römischen Verträgen bis '79, der langen Weg zur Gleichberechtigung', 26. Januar - 28. Februar 1980, Nationalisches Museum für Zeitgeschichte, Mailand ('Museum Civico di Storia Contemporanea', Milano) (HA812)



Historische Eintragung der ersten Legislaturperiode des ersten von allgemeinen Direktwahlen gewählten Europäischen Parlamentes vom 1. Juni 1979 (HA813)

AUF DEM WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SOZIALPOLITIK

Une interview exclusive du **Lionello Levi-Sandri** membre de la Commission de la C.E.E.



Lionello Levi-Sandri, Mitglied der EWG-Kommission von 1961 bis 1976, war einer der aktungstrennen Vorreiter einer Gemeinsamen Sozialpolitik (GASP)



Einer der ersten offiziellen Berichte der Kommission der EWG zur sozialen Lage in der Gemeinschaft, Mai 1974 (HAUPT)



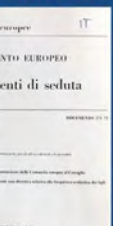
Das 1974 von der Gemeinschaft beschlossene Sozialpolitik-Aktionsprogramm schuf einen Rahmen für gemeinsame Projekte und Initiativen. Es wurde in drei Phasen unterteilt: 1. Soziale Richtlinie zur Chancengleichheit, 2. Soziale Richtlinie zur Arbeitslosigkeit und in anderen Bereichen, 3. Soziale Richtlinie zur Lebensqualität (HAUPT)

SOZIALE INKLUSION



Bericht der Kommission für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments zu den Auswirkungen des Programms des Parlamentes zur sozialen Inklusion, 2. April 1974 (HAUPT)

ARBEITSBEDINGUNGEN



Bericht der Kommission für Jugend und Kultur des europäischen Parlamentes vom 12. November 1973 zur sozialen Richtlinie über die soziale Situation der Kinder von Wanderarbeitern.

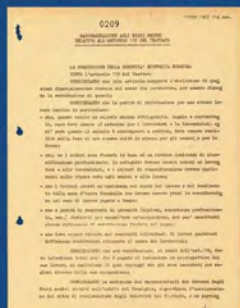


Demonstration 'Für Arbeit und Solidarität' - Gegen eine soziale Spaltung in Europa, am 14. November 2012 vor dem Brandenburger Tor in Berlin (ANSA/Moniteur GmbH)

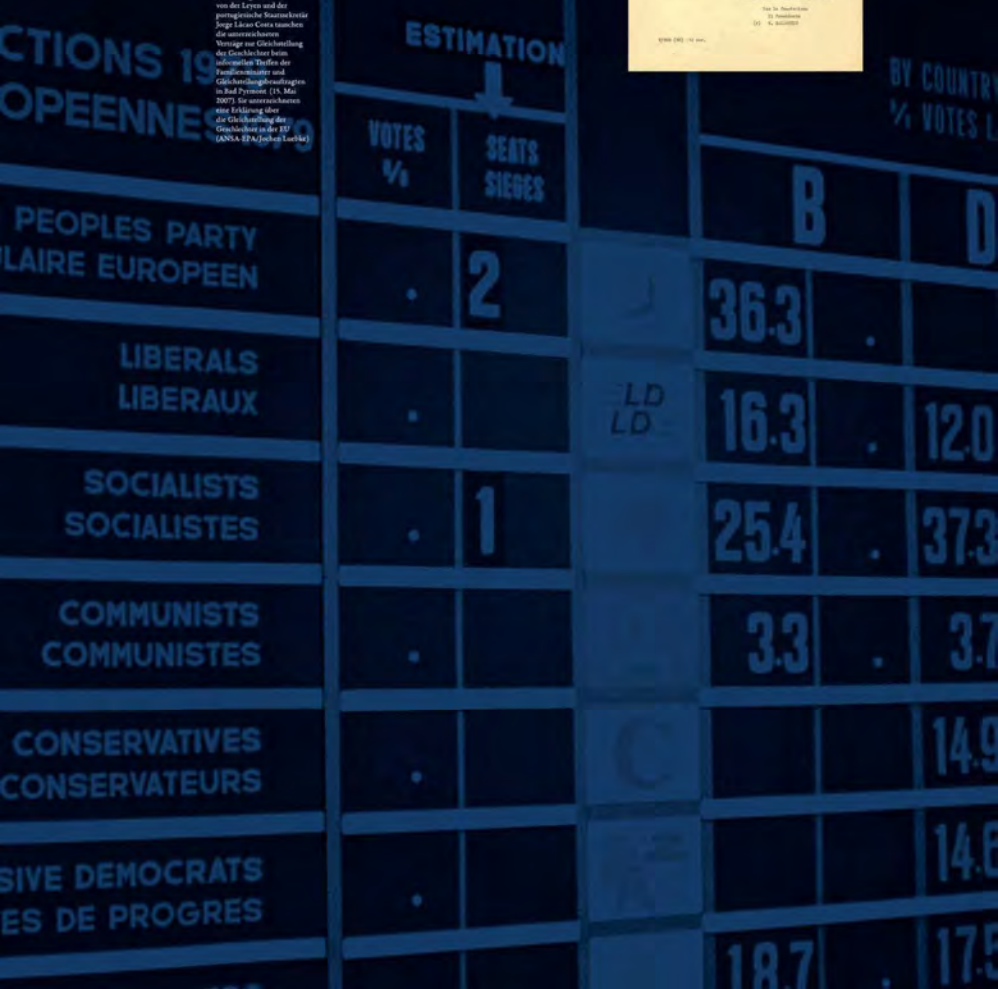


Die dominische Parlamentarierin, Mariela Cordero, die deutsche Ausschussführerin, Ursula von der Leyen und die portugiesische Staatsministerin, Jurga Litnienė-Čekauskaitė, unterzeichnen die gemeinsame Erklärung der Parlamentarierinnen und Abgeordneten der Europäischen Kommission in Bad Pyrmont (15. Mai 2007) zur Unterstützung einer Erklärung über die Gleichstellung der Geschlechter in der EF (ANSA/22 April 2007)

CHANGEGLEICHHEIT



Empfehlung der EWG zum Abschluss der Mitgliedstaaten vom 20. Juli 1962 zur Gleichheit der Arbeitsverträge - über Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (HAUPT)



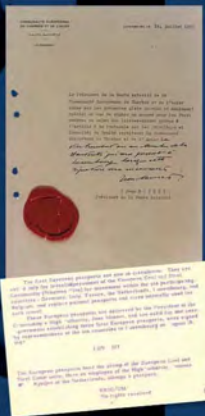
EUROPÄISCHE IDENTITÄT UND BILDUNGSPOLITIK



Bericht des Europäischen Kommissions der Parlamentarischen Versammlung zur Einführung eines europäischen Passierscheines, 12. Februar 1962 (HAFTU)



Eine Ausgabe eines Passierscheines (Kartenschein) aus dem Jahre 1954 für die Personal der Hohen Behörde Jean Monnet, ausgestellt (HAFTU)

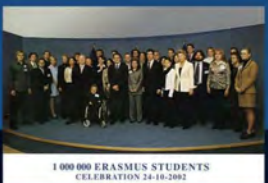


BILDUNG UND FORTBILDUNG



Eine der ersten Informationsblätter zum Programm ERASMUS, 1984 (HAFTU)

Vorbereitung für einen Besuch der Karte zur Schaffung eines gemeinsamen Aktionsprogrammes zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudierenden (ERASMUS), 1984 (HAFTU)



Platzkarte der Europäischen Kommission für das Einmillionen ERASMUS-Studienten (HAFTU)

AKTIVE EUROPÄISCHE BÜRGERSCHAFT



Forum for Citizens Forum, eine Initiative der Europäischen Kommission zur Förderung einer Form der Mobilisierung und Mitwirkung europäischer Bürger auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene (HAFTU)



Bericht des Europäischen Parlamentes zur Bewältigung der Bürger und des Zusammenbau eines gemeinsamen Systems der EU, 23. Oktober 1996 (HAFTU)

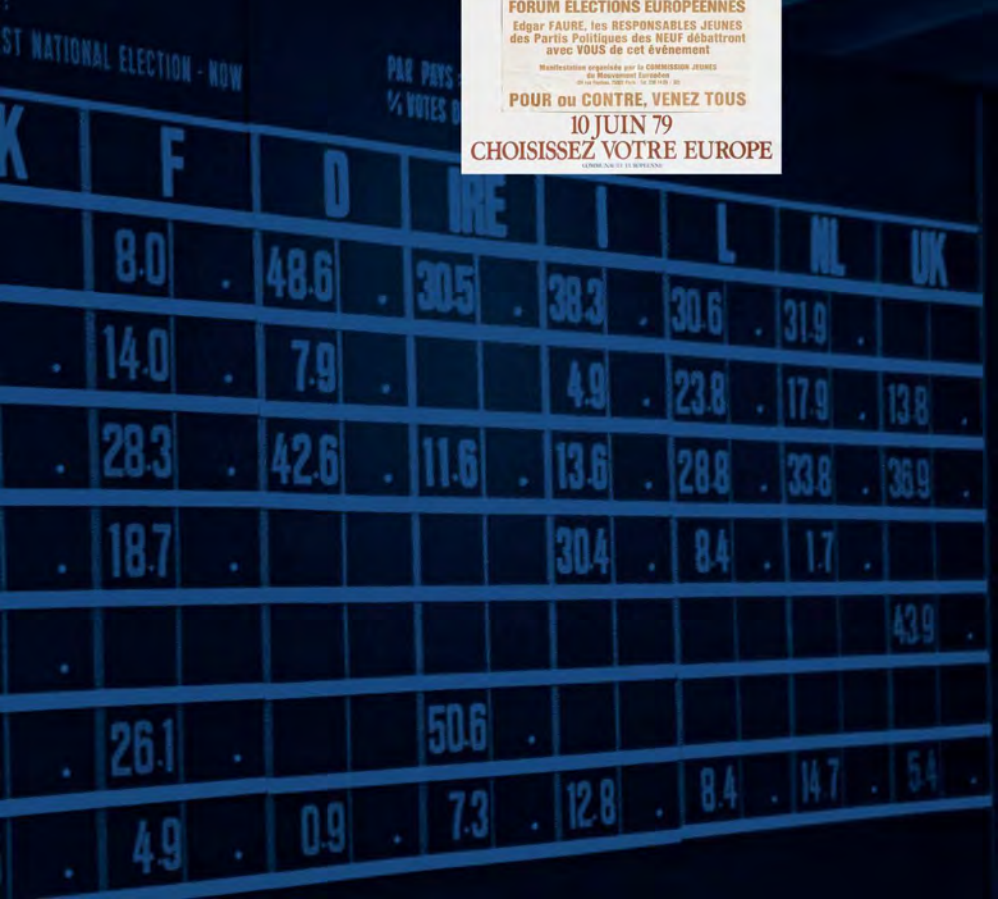
L'Europe c'est l'espoir.

JEUDI 5 AVRIL 1979
18h - 21h, au Grand Amphithéâtre de la DORBONNE
FORUM ÉLECTIONS EUROPÉENNES
Edgar FAURE, les RESPONSABLES JEUNES des Partis Politiques des NEUF débattent avec VOUS de cet événement

Manifestation organisée par la COMMISSION JEUNES du Mouvement Lorraine
du dimanche 20 mai, 14 h 00 - 20

POUR ou CONTRE, VENEZ TOUS
10 JUIN 79
CHOISISSEZ VOTRE EUROPE

Plakat zur Förderung der aktiven Teilnahme der Bürger an der Vorbereitung der ersten Europäischen Direktwahlen des Europäischen Parlamentes (HAFTU)



EUROPA UND DIE MARKTWIRTSCHAFT

Die Gründungsväter der EWG hatten das Ziel, einen europäischen Binnenmarkt mit **FREIEM PERSONEN-, DIENSTLEISTUNGS-, WAREN- UND KAPITALVERKEHR** zu schaffen. Im Laufe der ersten Jahrzehnte der europäischen Integration wurde die Verwirklichung dieser vier **'GRUNDLEGENDEN FREIHEITEN'** durch einzelstaatliche Vetos, interne Kontrollen und nichttarifäre Handelshemmnisse behindert. Mit den wachsenden Herausforderungen der Globalisierung konfrontiert, einigten sich die europäischen Verantwortungsträger erst in der Mitte der 80er Jahre auf eine Vertiefung des Binnenmarktes. Im **JUNI 1985** legte die Europäische Kommission unter der Leitung von Jacques Delors ein 'Weißbuch' mit präzisen Maßnahmen zur Abschaffung aller steuerlichen Hindernisse und Normen für den Binnenmarkt vor. Ein Jahr später legte die **EUHETLICHE**

EUROPÄISCHE AKTE (1986) das Fundament für den Ausbau des Binnenmarktes: Hierzu hatte auch das Schengener Abkommen von 1985 durch die Schaffung eines freien Verkehrsraumes beigetragen.

Die Verwirklichung eines freien Binnenmarktes war abhängig von einer Intensivierung der monetären Integration, die schon in den 70er Jahren mit dem **EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEM** begonnen hatte. Jacques Delors und die Präsidenten der Zentralbanken entwickelten das Konzept einer Wirtschafts- und Währungsunion die auf **FREIEM KAPITALVERKEHR**, einer **EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK** und einer **GEMEINSAMEN WÄHRUNG** basieren sollte. Am 1. Januar 2002 wurde der Plan mit der Einführung des Euro, ein Meilenstein im Prozess der europäischen Integration, Wirklichkeit.

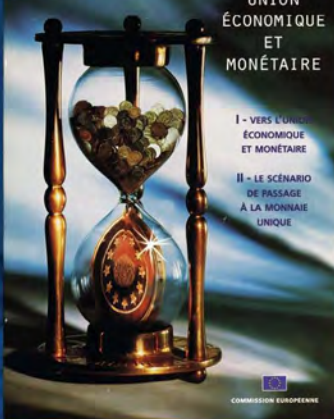


Titelblatt des von der EG-Kommission vorgelegten 'Weißbuches' zur Vertiefung des Binnenmarktes, veröffentlicht am 22. Juni 1985 (DEAGC)



Artikel der Financial Times zur Verwirklichung des Binnenmarktes (DEAGC)

Informationsdrehscheibe zur Wirtschafts- und Währungsunion der EG-Kommission, die als Vorstufe zur Einführung des Euro geschaffen wurde 1996 (DEAGC)



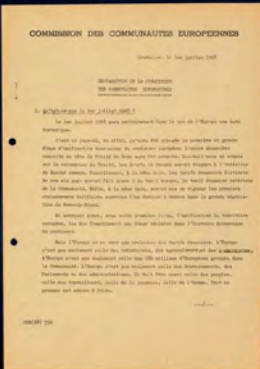


Die Europäische Union
hat, aus Grundsätzen
der Rechtsprechung,
den Grundsatz der
Vorrangigkeit des
Rechts der Union über
das Recht der Mitgliedstaaten
entwickelt. Dieser Grundsatz
des Vorrangs des Rechts der
Union ist ein zentraler Bestandteil
der rechtlichen Ordnung der
Union und ist ein zentraler Bestandteil
der rechtlichen Ordnung der
Union. (HABU)

DIE SCHAFFUNG DES BINNENMARKTES



ZOLLUNION



Bildung der Kommission der
Europäischen Gemeinschaft
zum Abschluss der Zollunion
der sechs Gründungsstaaten 1968
(HABU)



Titelblatt des Urteils des
Gerichtshofes der Europäischen
Gemeinschaften vom 12. Juli
1969 (1969) 1073, in dem die
Vorrangigkeit des Rechts der
Union über das Recht der
Mitgliedstaaten bestätigt wird.
(HABU)

SCHENGEN



Schreiben von Jacques Delors an Egon
Krenz, Präsident des Europäischen
Parlamentes, zur Bedeutung der
Schengener Abkommen auf dem Weg
zum Binnenmarkt (HABU)



Entfernung der Grenzkontrollen am Brennerpass.
Die Grenzkontrollen zwischen Deutschland,
Österreich und Italien wurden am 1. April 1998
im Zuge der Schengener Abkommen abgeschafft.
(ANSA/Barthold Grommisch)



AUF DEM WEG ZUR EINHEITLICHEN WÄHRUNG

ARTICLE 10. Le système monétaire sera basé sur le franc français, qui sera la monnaie nationale de référence. Les autres monnaies nationales des Etats membres de la Communauté seront converties en francs français à des taux fixes et définitifs. Les Etats membres de la Communauté qui ne sont pas membres du système monétaire de référence seront convertis en francs français à des taux fixes et définitifs. Les Etats membres de la Communauté qui ne sont pas membres du système monétaire de référence seront convertis en francs français à des taux fixes et définitifs. Les Etats membres de la Communauté qui ne sont pas membres du système monétaire de référence seront convertis en francs français à des taux fixes et définitifs.

Bericht der mit der Ausarbeitung eines Europäischen Wirtschaftsraums. Wirtschaftsministerkommission unter der Leitung des luxemburgischen Finanzministers Pierre Werner (EABU)



Der Präsident der Französischen Republik Valéry Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt waren die Schlüsselfiguren bei der Schaffung eines Europäischen Währungsraums, welches eine "Währungsunion" in Europa schuf (EC, Bundeskanzler Werner Jean Louis Dehaene)



Treffen des Europäischen Rates in Haasselt vom 27. und 28. Juni 1968. Die 12 Mitgliedstaaten beauftragten den Ersten Minister Jacques Dehaene mit der Ausarbeitung eines Vorschlags für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WU) (EABU)

COMMISSION OF GOVERNORS OF THE CENTRAL BANKS OF THE MEMBER STATES OF THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY
DRAFT STATUTE OF THE EUROPEAN SYSTEM OF CENTRAL BANKS AND OF THE EUROPEAN CENTRAL BANK
27TH NOVEMBER 1990
Formet des Statuts des Europäischen Zentralbanks (EZB) ausgefertigt vom Ausschuss der Präsidenten der Zentralbanken der EU Mitgliedstaaten. Die EZB wurde offiziell am 1. Juni 1998 gegründet (EABU)

CONFIDENTIAL
ARTICLE 1 - OBJECTIVES OF THE SYSTEM
ARTICLE 2 - THE SYSTEM
Paragraph 1 of article 1 of the Maastricht Treaty, which provides for the creation of a central institution in the name of "the European Central Bank" (the ECB) and of the participating central banks of the Member States of the Community (hereinafter "national central banks"), is hereby established and shall be known as the "European System of Central Banks" (hereinafter "the System").
ARTICLE 3 - OBJECTIVES AND TASKS OF THE SYSTEM
ARTICLE 4 - OBJECTIVES
3.1 The primary objective of the System shall be to maintain price stability.
3.2 Without prejudice to the objective of price stability, the System shall support the general economic policy of the Community.
3.3 The System shall act consistently with free and competitive markets.
ARTICLE 5 - TASKS
The tasks to be carried out through the System shall be:
- to formulate and implement the monetary policy of the Community;
- to conduct foreign exchange operations in accordance with the permitting exchange rate regime of the Community as referred to in Article 6.3;
- to hold and manage the official foreign reserves of the participating member states;
- to respect the smooth operation of payment systems;
- to participate as necessary in the formulation, coordination and execution of policies relating to prudential supervision and the stability of the financial system.

Presidency (Conclusions - Madrid, 10 and 11 December 1988)
ECONOMIC REINTEGRATION OF EUROPE IN A SOCIALLY INTEGRATED FRAMEWORK
A. ECONOMIC AND MONETARY UNION
1. The reasons for the changes to the single currency
2. The European Council confirms that 1 January 1999 will be the starting date for Stage 3 of Economic and Monetary Union, in accordance with the convergence criteria, provided that the conditions laid down in the Treaty are fulfilled.
3. The European Council confirms that a high degree of economic convergence is a precondition for the Treaty objective to create a stable single currency.
4. The name of the new currency is an important element in the preparation of the transition to the single currency, which a partly autonomous body consisting of Governors and Monetary Union. The European Council considers that the name of the single currency must be the same in all the official languages of the European Union, taking into account the existence of different alphabets. It must be simple and pronounceable in Europe.
5. The European Council decides that, as in the case of Stage 1, the same name for the European currency shall be Euro. This name is used as a full name, not as a prefix, to be attached to the national currency names.
The specific name Euro will be used instead of the generic term "ECU" used in the Treaty to refer to the European currency unit.
The Governments of the three Member States have without the common agreement that this decision is the agreed and definite interpretation of the above Treaty provisions.
EN KWADRAT NUTZUNGEN 6/4

Beim Treffen des Europäischen Rates in Madrid im Dezember 1988 ergaben sich für Mitgliedstaaten auf dem Namen des neuen gemeinsamen Währungs Euro (EABU)

Informationskampagne zur Einführung des Euro (EABU)

EUROPA IN DER WELT

Seit den Anfängen war die EWG bereit, **NEUE MITGLIEDSTAATEN** aufzunehmen. Etappenweise wurde sie zu einem privilegierten Partner der Entwicklungsländer und zu einem wichtigen Mitspieler im **INTERNATIONALEN HANDEL**. Durch die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in Griechenland, Spanien und Portugal in den 70er Jahren und durch die Öffnung für die demokratisch gewählten Länder in Mittel- und Osteuropa nach dem Kalten Krieg haben die Erweiterungen der EWG/EU zum Erhalt des Friedens auf dem europäischen Kontinent beigetragen. Weil die EU zu "Frieden, Versöhnung, Demokratisierung und zur Wahrung der Menschenrechte in Europa" beigetragen hat, wird sie im Jahre 2012 mit dem **FRIEDENSNOBELPREIS** ausgezeichnet. Die Erweiterung der EWG/EU führt auch zur Verstärkung ihrer internationalen Bedeutung. Durch die zwischen 1963 und 2000 abgeschlossenen Abkommen in **YAOUNDÉ, LOMÉ** und **COTONOU** wurde die EU zu einer weltweiten Schlüsselfigur auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Seit den 60er Jahren hat die EWG/EU im Rahmen der **GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK** Abkommen mit Drittländern

geschlossen und an internationalen Handelsverhandlungen teilgenommen. In der Außenpolitik bemüht sie sich seit den 70er Jahren mit einer gemeinsamen Position nach außen aufzutreten. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die Anstrengungen auf diesem Gebiet nach dem Scheitern der europäischen Diplomatie in der Jugoslawienkrise verstärkt worden.

Die Errichtung der **GEMEINSAMEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK** (1992) und der **GEMEINSAMEN SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK** (1999) arbeitet auf die Verstärkung der Sicherheit der Mitgliedsländer und auf die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte hin. Diese Politiken, die mit den strategischen Interessen internationaler Organisationen wie den **VEREINigten NATIONEN** und der **NATO** übereinstimmen, trugen zur Verhütung bewaffneter Konflikte bei. Die im **VERTRAG VON LISSABON** vorgesehene Schaffung des europäischen diplomatischen Dienstes (**EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST**) ist das Ergebnis der jahrzehntelangen Bemühungen der EU, auf der internationalen Bühne als geschlossener und globaler Akteur aufzutreten.



Ein von der EWG im Rahmen der entwicklungsrechtlichen Zusammenarbeit des Abkommens von Lomé finanziertes wasserwirtschaftliches Bauprojekt in Kenia (70er Jahre) (EAAE)



18. Dezember 2012: der Präsident des Rates, Herman van Rompuy, und der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, unterzeichnen das 37. internationale Friedensnobelpreisvergabe (ICJ Auditorium, St. James' Square, London)



Javier Solana, erster Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, 1999-2009 (ANSA)



DIE ERWEITERUNGEN DER EWG/EU

DE LOIRS DEVOILE SA THEORIE DES DOMINOS

L'EUROPE VERTE

REVUE DE LA POLITIQUE AGRICOLE COMMUNE



1981

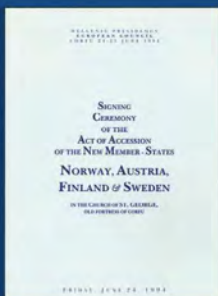
Informationschance der EG-Kommission über die Auswirkungen des britischen Gewerkschafts vom 1. Januar 1981 auf die Gemeinsame Agrarpolitik (HAAT)

1986

Nach langem und kompliziertem Verhandlungsprozess zwischen Spanien und Portugal am 12. Juni 1985 den Vertrag über den Beitritt und wurden Mitglieder der Gemeinschaften am 1. Januar 1986 (EG-Advisorial Service)

1995

Am 24. Juni 1994 unterzeichneten Norwegen, Österreich, Finnland und Schweden den Vertrag über den Beitritt. Das norwegische Volk lehnte einen Beitritt ab. Die anderen drei Beitrittskandidaten schlossen sich am anderen 11 Mitgliedern der EU am 1. Januar 1995 als Vollmitglieder an (HAAT)



1973

Nachfrage der EG-Kommission zum zweiten Beantwortung Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen 1972. Ein Jahr nach dem ersten Antrag. Die kontinuierliche Antwort der Kommission und auf dem Widerstand des britischen Staatspräsidenten Charles De Gaulle. Eine Vereinbarung der Beitrittsverhandlungen, die am 22. Januar 1973 mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages abgeschlossen wurde, kamene erst nach dem Nachfolger Georges Pompidou. 20 Verträge, in der Folge eines Völkerrechtlichen realisierte Norwegen den Vertrag nicht, während Großbritannien, Irland und Dänemark am 1. Januar 1973 Mitglieder der Gemeinschaften wurden (HAAT)

1990

Anfrage aus der in Berlin am 9. März 1990 gehaltenen Rede des Vize-Präsidenten der EG-Kommission Marco Pisirimann zur Mitgliedschaft der westdeutschen Bundesrepublik Deutschland in der Gemeinschaft (HAAT)



2004

Friedrich-Wilhelm am 1. Mai 2004 in Dublin von Auland der bisher größten Erweiterung der EU: Estland, Letland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Zypern und Malta wurden neue Mitglieder der EU (HAAT)



2013

Unterzeichnung des Vertrages über den Beitritt von Kroatien zu Brüssel am 9. Dezember 2011. Kroatien wurde am 1. Juli 2013 offiziell Mitglied der EU (ANSA)



Besuch des Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi, nach dem Beitritt Polens zu Warschau (HAAT)

2007

Die große Erweiterung von 2004 wurde am 1. Januar 2007 durch den Beitritt von Belgien und Estland vervollständigt (EG-Advisorial Service/George Bruchmagnus)



INTERNATIONALE IDENTITÄT

Die EWG/EU auf der internationalen Bühne



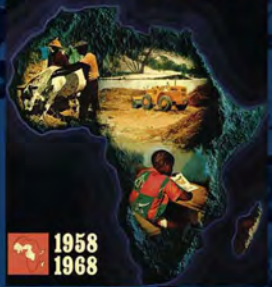
15. November 1962: Der Präsident der EWG Kommission Walter Hallstein beim Empfang einer japanischen Delegation unter der Leitung des Finanzministers Hayato Ikeda. Seit ihrer Gründung wurde die EWG von Deutschland als höchster internationaler Handelspartner angesehen (EC Audiovisual Service).



Die Delegation der EWG Kommission bei den Mehrparteiigen Verhandlungen der Kennedy Runde (1963-1967) von links nach rechts sind erkennbar Walter Hallstein, Jean Rey (Mitglied der Kommission, zuständig für Außenverhandlungen), Pierre Mitter (Gesandtschaftler für den Binnenmarkt) und Thodoros Mihalas (EWG Sonderbeauftragter für den GATT). Bei den Mehrparteiigen Verhandlungen der Kennedy Runde war die EWG zum ersten Mal als gemeinsamer Sprecher der Mitgliedsstaaten den Verhandlungspartnern gegenüber (EC Audiovisual Service).

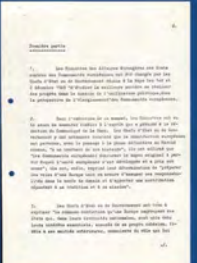
DIE ZUSAMMENARBEIT IN DER AUSSENPOLITIK

FONDS EUROPÉEN DE DÉVELOPPEMENT



1958
1968

Von der Europäischen Kommission veröffentlichte Broschüre aus Anlass des 10ten Jahrestages des Europäischen Entwicklungsfonds, des wichtigsten Instrumentes der gemeinsamen Politik der Entwicklungszusammenarbeit (DEAR).



Der im Oktober 1970 von der Arbeitsgruppe unter der Leitung der belgischen Außenministerin Elinore Dierckx verfasste Bericht etablierte die ersten Elemente einer Zusammenarbeit der Mitgliedsländer im Bereich der Außenpolitik (DEAR).



Nach dem Fall der Mauer in Berlin wurde die EG eine wichtige Richtschnur für die nach in der abgewagten Übergangsphase zum Post-Kolonialismus verfallenden Ländern. In diesem Brief dankte der Präsident der Russischen Föderation, Boris Jeltsin, Jacques Delors für die von der EU gesteuerte humanitäre Hilfe (DEAR).



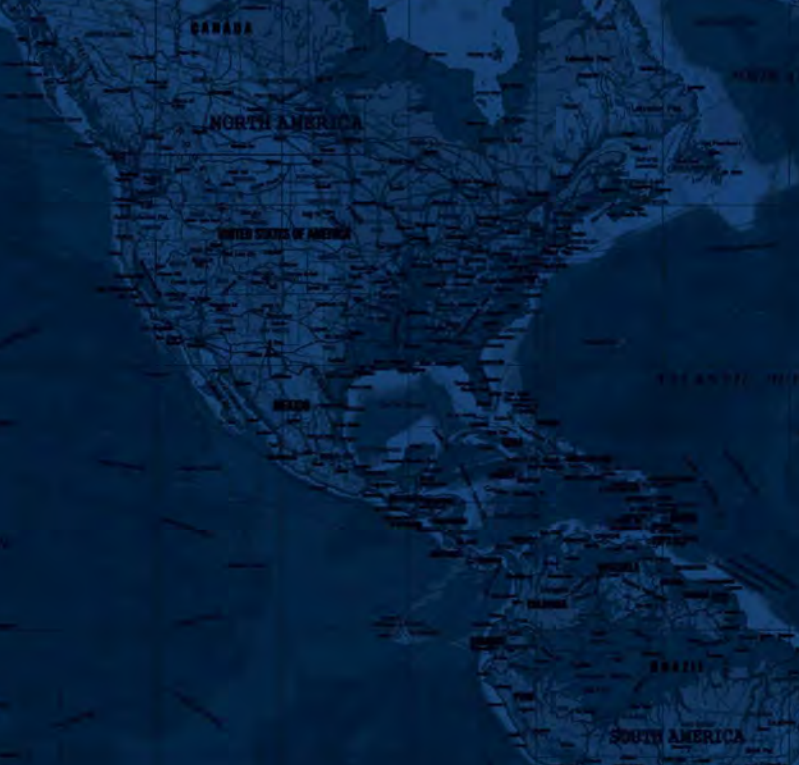
Titel und erste Seite der Kommunikation von Linné, die 1973 zwischen der EWG und 16 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) abgeschlossen wurde. Im Zuge der Grundlagen für die Konvention von Cotonou (2000), die gegenüber die Beziehungen zwischen der EU und den AKP Ländern regelt (DEAR).



1960: Auslieferung von Hilfsgütern an die Russen in Poltawa (EC Audiovisual Service).



Informationen von Ralf der EU in Brüssel-Hitzegerade nach dem Einbruch des Eisbergs von Dronin, der die diplomatischen Aktivitäten der EWG beendete (1993). Durch die gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde die EU in 1993 den 16-er-Ländern zu einem der Hauptpartner der humanitären Hilfe (DEAR).



DER WEG ZUR EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

1941
1957

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Vision **EINES AEGEINTEN EUROPAS** zu einem konkreten Projekt. Die Idee von **JEAN MONNET**, die wirtschaftliche Integration als politisches Instrument der Versöhnung zu nutzen, war der Ausgangspunkt für Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1950 die **EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL (EGKS)** zu gründen. Diese Gemeinschaft hatte nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sondern sie hatte auch eine politische und symbolische Dimension, nämlich die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland zu ermöglichen und damit die Grundlage für neue Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu legen. Zahlreiche Stimmen aus der Zivilgesellschaft forderten ein geeintes Europa. Besonders aktiv waren föderalistische Bewegungen, die sich für eine echte europäische Föderation

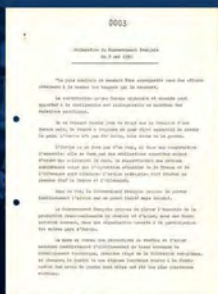
einsetzten: **ALTIERO SPINELLI** war eine der herausragenden Persönlichkeiten.

Das Scheitern des ersten Versuches, die europäische Integration durch die Gründung einer **EUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT (EVG)** (1954), die nach dem Projekt von **ALCIDE DE GASPERI** auch eine **EUROPÄISCHE POLITISCHE GEMEINSCHAFT** einschloss, zu vertiefen, bedeutete eine Krise, aber auch einen Neuanfang.

Nach dem Scheitern der EVG (1954) bekam die europäische Integration im Juni 1955 durch das von dem Belgier **PAUL-HENRI SPAAK** angeregte Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS in **MESSINA** einen neuen Impuls. Es wurde der Ausgangspunkt für Verhandlungen, die zur Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 führte. Die **EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT (EWG)** und die **EUROPÄISCHE ATOMGEMEINSCHAFT (EURATOM oder EAG)** waren geboren.



Erste Ausgabe des "Manifesto di Ventotene", das 1941 von Altiero Spinelli und Ernesto Rossi geschrieben wurde. Es forderte die Gründung einer föderalistischen Bewegung für ein geeintes Europa. (Florenz: EASU)



"Schuman Plan", Plan der Erklärung der französischen Außenminister Robert Schuman zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 9. Mai 1950 (EASU)



Erklärung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 23. Juli 1952 (EASU)



Vertragstext der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Politischen Gemeinschaft. Unterzeichnet von Außenminister Georges Monnet zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft. Außenminister Adolfo Demitri, Kom. / ASMAE



Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) oder EURATOM) in Rom am 25. März 1957 (Galerie des Rates der Europäischen Union, Brüssel - ACEU)



VON ROM BIS MAASTRICHT

1958
1992

La Dernière Heure

PREMIERE REUNION A BRUXELLES de la Commission du Marché Commun

« Nos travaux seront rapides et non seulement
productifs. » André V. Jeens, à N. 16.12.58

Am 1. Januar 1958 nahmen die Institutionen der EWG und der EURATOM (Kommission, Ministerrat, Parlamentarische Versammlung und europäischer Gerichtshof) offiziell ihre Tätigkeiten auf.

Durch die Verwirklichung der **GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK** und die Vollendung der **ZOLLUNION** war das erste Jahrzehnt der europäischen Integration gekennzeichnet durch ein starkes Wachstum der Wirtschaft und der europäischen Institutionen. Gleichzeitig wurden im Rahmen von EURATOM die ersten gemeinsamen Projekte im Bereich der Atomforschung aufgenommen.

Die EWG behauptete ihre Position im Bereich des internationalen Handels und begann mit der Konvention von Yaoundé (1963) ihre Politik im Bereich der **ENTWICKLUNGSHILFE**.

Auf politischer Ebene waren die 60er Jahre gekennzeichnet vom französischen Veto zum britischen Beitritts-gesuch zur EWG, von den nationalstaatlich geprägten Tendenzen der französischen Regierung und der supranationalen Mission der europäischen Kommission.

Die wirtschaftlichen Erfolge der Gemeinschaft und die tiefgreifenden sozialen und politischen Veränderungen der 60er Jahre veranlassten die Regierungen der Mitgliedsländer auf dem Gipfeltreffen in Den Haag im Dezember 1969, die **ERWEITERUNG DER GEMEINSCHAFT** und die Schaffung neuer gemeinsamer Politiken im Bereich der **GELDPOLITIK, SOZIALEN SICHERHEIT, REGIONALENTWICKLUNG** sowie im **UMWELTSCHUTZ** zu beschließen.

Die demokratische Legitimität des Europäischen Parlamentes wurde durch dessen erste allgemeine Direktwahl im Juni 1979 gestärkt.

Die Vollendung des **BINNENMARKTES** und die Vertiefung der **MONETÄREN INTEGRATION** charakterisierten die 80er Jahre. Die Unterzeichnung der **EAHNEITLICHEN EUROPÄISCHEN AKTE** legte 1986 die Grundlagen für ein politisch und wirtschaftlich integriertes Europa.

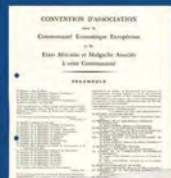
Mit Inkrafttreten des **VERTRAGES VON MAASTRICHT** am 1. November 1993 wurde nach der Überwindung des Kalten Krieges in Europa die **EUROPÄISCHE UNION** geschaffen.



Schreiben des im Rahmen des Vertrages von EURATOM gegründeten Gemeinsamen Forschungsraums, welches die Kernforschung und Zusammenarbeit des wissenschaftlichen Forschungsprojekts im Bereich der wissenschaftlichen und zivilen Atomenergie publizieren. (HAAR)



Im Januar 1958 nahm die erste Kommission der EWG unter dem Vorsitz von Walter Hallstein ihre Arbeit auf (HAAR)



Die Überwindung von Youndé (Kommission) durch das Veto des britischen Premierministers Harold Wilson am 1. Juni 1964 in Korb (HAAR)



Das öffentliche Informationsbüro der EG Kommission zur Konferenz der europäischen Nicht-EU-Länder vom 20. bis 21. Dezember 1969 (HAAR)



DECLARATION BY THE EUROPEAN COUNCIL RELATIVE TO THE INTERNAL MARKET

"The European Council... instructs the Council... to decide, before the end of March 1982, on the priority measures proposed by the Commission to reinforce the internal market"

Copenhagen, 3/4 December 1982

"It asks the Council and the Member States to put in hand without delay a study of the measures which could be taken to bring about in the near future... the abolition of all police and customs formalities for people crossing intra-country frontiers..."

Fontainebleau, 25/26 June 1984

"The European Council... agreed that the Council, in its appropriate formation... should take steps to complete the Internal Market, including implementation of European standards"

Sublin, 3/4 December 1984

"... the European Council laid particular emphasis on the following... fields of action : a) action to achieve a single large market by 1992 thereby creating a more favourable environment for stimulating enterprise, competition and trade ; it called upon the Commission to draw up a detailed programme with a specific timetable before its next meeting"

Brussels, 29/30 March 1985

Schlüsse der Europäischen Räte zur Vollendung des Binnenmarktes veröffentlicht im Weißbuch der EG Kommission (Juni 1985) (HAAR)

Sie erwarten ihre Zukunft von Europa

Georgios, Griechenland; Elisabeth, Luxemburg; Pascal, Belgien; Barbara, Schweden; Cecilia, Italien; Christian, Frankreich; Jytte, Dänemark; George, Großbritannien; Jean, Irland

Direktwahl des Europäischen Parlaments 10. Juni 1979

Europa wartet auf Deine Stimme

Informationskampagne der Europäischen Kommission zu den ersten allgemeinen Direktwahlen im Juni 1979 (HAAR)

DIE EUROPÄISCHE UNION NACH MAASTRICHT

1993
2017

In den Jahrzehnten nach der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht sind die Vollendung des **BINNENMARKTES** und die Verwirklichung der **WIRTSCHAFTS- und WÄHRUNGSUNION** die wichtigsten Aktionsbereiche der EU.

Der Prozess der europäischen Integration nach Maastricht ist durch eine Reihe von Erweiterungen gekennzeichnet: In der Zeit von 1995 bis heute ist die Anzahl der Mitgliedsländer von 12 auf 28 gestiegen. Dieser Prozess hat nach den tiefgreifenden ideologischen und politischen Spaltungen des Kalten Krieges die Integration des europäischen Kontinentes gefestigt. Um die Funktionsweise der Institutionen und Entscheidungsprozesse innerhalb der EU nach den Entwicklungen von 1992 zu verbessern, wurde eine neue Phase von Reformen der Gründungsverträge notwendig.

Der Vertrag von Maastricht wurde in den Verträgen von **AMSTERDAM** (1997) und **NIZZA** (2001) novelliert und 2004 wurde ein Entwurf zu einer **EUROPÄISCHEN VERFASSUNG** erarbeitet. Dieser Entwurf, der wegen des negativen Ausgangs der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden nie in Kraft trat, wurde zur Grundlage des **VERTRAGES VON LISSABON** (2007). Zu den hauptsächlichsten Innovationen dieses Vertrages, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, zählen die Verstärkung des Gewichtes des Europäischen Parlamentes, die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Erweiterung der Zuständigkeit der Gemeinschaft in der Kontrolle der Außengrenzen, im Bereich der Asyl- und Immigrationspolitik und eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Polizei und Justiz.



Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die im Dezember 2000 vom Europäischen Parlament, vom Europäischen Rat und der Europäischen Kommission verabschiedet wurde, ist mit dem Vertrag von Lissabon 2007 in verbindliche Rechts geworden (A6913)



Durch den Europäischen Interkulturellen Dialog sollen einander unähnliche und unterschiedliche Länder während der Mitgliedschaft vernetzt werden (A6913)



Am 1. Januar 2002 wird die Euro gemeinsame europäische Währung und in den Mitgliedstaaten der vorher gegründeten Wirtschafts- und Währungsunion eingeführt (A6913)



Der portugiesische Premierminister und Präsident des Europäischen Rates, José Manuel Durão Barroso, und der portugiesische Außenminister, Luís Amado, während der feierlichen Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon im Klausel Jozua in Lissabon am 13. Dezember 2007 (ANSA-EPA/Ignazio Ross)



Titelblatt des Vertrages über eine Verfassung für Europa, unterschrieben am 29. Oktober 2004 in Rom

EUROPA UND DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT

Mit der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern haben die Römischen Verträge eine wertvolle Erbschaft hinterlassen. Die EU steht vor zahlreichen Herausforderungen, von deren Bewältigung das Schicksal des geeinten Europas abhängen wird.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist mit hochkomplexen Situationen in der Russischen Föderation und den Ländern des südlichen Mittelmeerraums konfrontiert. Die politische Instabilität im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent wirkt sich unmittelbar auf Europa aus, das die größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigen muss. Das politische Gewicht der EU auf der internationalen Bühne wird von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten abhängen, in der

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Im Inneren erfordert die weiterhin andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise ein anhaltendes Engagement der EU und der Mitgliedsstaaten, um das schwierige Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Konsolidierung der Staatshaushalte auszubalancieren. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, den Binnenmarkt so auszubauen, daß soziale und wirtschaftliche Vorgaben gleichermaßen berücksichtigt werden, sind ein entscheidender Prüfstein für die EU.

Nach der britischen Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU hat eine Debatte über die künftige Entwicklung der EU-27 eingesetzt. Sie hat die Kommission veranlasst, ein Weißbuch vorzulegen.



Remigianus der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) vor der Küste Libyens (ANSA/Giuseppe Lenti)



Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedstaaten des Europäischen Rates vom 3. März 2017 in La Valletta (Malta). Nach dem Treffen, das der Stärkung der Zusammenarbeit in der Bekämpfung der illegalen Immigration gewidmet war, hat der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, die Mitgliedstaaten zur Einheit aufgefordert: "Vorher sind wir stark, jetzt sind wir schwach" (EU, Antoninella Sorrenti/Reuters Agency)



Weißbuch zur Zukunft Europas, von der Kommission am 1. März 2017 veröffentlicht

"Tor zu Lampedusa – Tor zu Europa"
(*"Porta di Lampedusa – Porta d'Europa"*)
des Bildhauers Mimmo Paladino. Das Werk thematisiert die dramatischen Ereignisse der Abertausenden von Migranten und Asylsuchenden, die auf der Suche nach einem besseren Leben unter dramatischen Umständen versuchen nach Europa zu kommen (ANSA/Tiberio Barchielli)